

Brüssel Aktuell 1/2016

18. Dezember 2015 bis 8. Januar 2016

Wettbewerb, Wirtschaft und Finanzen

Vergaberecht: Einführung einer einheitlichen europäischen Eigenerklärung

Am 5. Januar nahm die EU-Kommission die [Durchführungsverordnung](#) zur Einführung des Standardformulars für eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) an (vgl. *Brüssel Aktuell* 19/2015). Künftig ist diese als Eignungsnachweis für Ausschreibungen ausreichend. Sie umfasst eine Erklärung darüber, dass Ausschlussgründe – z. B. im Zusammenhang mit einer strafrechtlichen Verurteilung, der Entrichtung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen oder Insolvenz – nicht vorliegen und dass die Eignungskriterien erfüllt sind...

Umwelt, Energie und Verkehr

NEC-Richtlinie: Umweltrat legt Standpunkt für Verhandlungen fest

Am 16. Dezember 2015 einigte sich der Rat der Europäischen Union auf eine gemeinsame [Position](#) zum [Vorschlag](#) der EU-Kommission für eine Richtlinie über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (zuletzt *Brüssel Aktuell* 38/2015) als Grundlage für die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament...

Konsultation: Richtlinie über Umgebungslärm

Im Rahmen der Initiative für bessere Rechtsetzung (vgl. in dieser Ausgabe von *Brüssel Aktuell*) soll die Effizienz der Richtlinie 2002/49/EG „über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm“ evaluiert werden. Die Richtlinie wurde geschaffen, um die Lärmbelastigung durch Industrie und Verkehr zu erfassen und einzudämmen...

Soziales, Bildung und Kultur

Reaktion auf Flüchtlingskrise und Terror: integriertes Grenzmanagement vorgeschlagen

Am 15. Dezember unterbreitete die EU-Kommission ein [Maßnahmenpaket](#) zur Schaffung eines Europäischen Grenz- und Küstenschutzes und damit zum Schutz des Schengen-Raums ohne Binnengrenzen. Darin schlug sie v. a. vor, FRONTEX zu einer Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenschutz mit einem stärkeren Mandat sowie ausreichenden personellen und technischen Ressourcen aufzuwerten, um mehr Einsätze – nun auch in Drittstaaten – zu ermöglichen. Zu den wesentlichen Neuerungen zählt ferner, dass notfalls Interventionen zum Schutz des Schengen-Raums unabhängig von Anträgen der Mitgliedstaaten erfolgen könnten. Zudem ist im Paket eine systematische Kontrolle an den EU-Außengrenzen vorgesehen, die auch die EU-Bürger betrifft...

EU-Migrationspolitik: Fortschritte, Entlastung Schwedens und der Türkei, Statistik

Am 6. Januar gab die EU-Kommission darüber Auskunft, wie weit die am 23. September 2015 als vorrangig eingestuften Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Migrationsagenda vorangeschritten sind (vgl. Brüssel Aktuell 33/2015). Am 15. Dezember 2015 hatte sie bereits u. a. die Fortschritte auf der Westbalkan-Route (vgl. Brüssel Aktuell 38/2015) näher beleuchtet. Insgesamt lässt sich feststellen, dass den Beschlüssen weiterhin eher schleppend Taten folgen (vgl. Brüssel Aktuell 37/2015), während die jüngsten statistischen Zahlen der erstmalig Asylsuchenden weiterhin die Dringlichkeit der Maßnahmen aufzeigen, die auch am 17./18. Dezember vom Europäischen Rat anerkannt wurde. Der Kommissionsvorschlag, die Umsiedlungspflichten Schwedens vorübergehend ruhen zu lassen und die Empfehlung, freiwillig syrische Flüchtlinge aus der Türkei zu übernehmen, sollen den beiden Ländern Entlastung verschaffen...

Arbeitszeitrichtlinie: Ärztliche Rufbereitschaft zählt zur Arbeitszeit

Der Europäische Gerichtshof entschied am 23. Dezember in der Rechtssache [C-180/14](#) zwischen der Kommission und Griechenland, dass die aktive Anrufzeit sowie die Stunden der ärztlichen Rufbereitschaft zu den Arbeitsstunden einer normalen Arbeitswoche hinzugerechnet werden...

Konsultation: Barrierefreiheit in Europa

Bis zum **18. März 2016** läuft eine deutschsprachige [Konsultation](#) der EU-Kommission, um die bisherige Wirkung der „Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen (2010–2020)“ zu beurteilen und generelle Informationen von Menschen mit Behinderungen in der EU einzuholen (siehe [Brüssel Aktuell 44/15](#))...

Institutionen, Grundsätzliches und weitere EU-Themen

Datenschutz-Grundverordnung: Rat und Parlament einigen sich auf Kompromiss

Im Trilogverfahren zur Datenschutz-Grundverordnung konnten sich die Verhandlungsführer des Rats und des EU-Parlaments am 15. Dezember 2015 auf eine [gemeinsame Position](#) einigen. Diese wurde am 17. Dezember durch den Ausschuss für Bürgerrechte, Justiz und Inneres gebilligt und wird im Frühjahr dem Plenum des EU-Parlamentes zur Abstimmung vorgelegt. Der Vorschlag orientiert sich weitgehend an der [Position](#) des Rates (zuletzt Brüssel Aktuell 25/2015) und sieht u. a. die Möglichkeit empfindlicher Bußgelder bei Verstößen gegen Datenschutzbestimmungen vor. Zur Übersicht über die geplanten Neuerungen hat die EU-Kommission zudem ein englischsprachiges [Informationsblatt](#) veröffentlicht...

Ratspräsidentschaft: Niederlande präsentieren 18-Monats-Programm

Am 1. Januar begann die halbjährige Präsidentschaft des Rats der EU unter Führung der Niederlande. Sie kündigt u. a. Schwerpunktsetzungen bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Bearbeitung der Migrationsproblematik an. Zusammen mit der sog. Trio-Ratspräsidentschaft, die neben den Niederlanden aus der Slowakei und Malta besteht und bis Juni 2017 Akzente setzen kann, stehen im [Achtzehnmonats-Programm](#) wie auch im Programm der [niederländischen Präsidentschaft](#) für das erste Halbjahr 2016 tagesaktuelle Fragen im Fokus. Aus kommunaler Sicht interessant ist, dass die städtische Agenda der EU besonders hervorgehoben wird...

Bessere Rechtsetzung: Interinstitutionelle Vereinbarung und REFIT-Beratergruppe

Am 15. Dezember stimmten die EU-Kommission und der Rat dem gemeinsam mit Vertretern des Europäischen Parlaments ausgehandelten Text einer [interinstitutionellen Vereinbarung](#) (IIV) zur besseren Rechtsetzung (zuletzt Brüssel Aktuell 42/2015) zu. Die IIV ist auf Grund einer möglichen frühzeitigeren Einbeziehung kommunaler Interessen von Bedeutung. Außerdem entschied die Kommission über die Zusammensetzung der REFIT-Interessengruppe, die auch ein Mitglied aus dem kommunalen Bereich aufweist...

Transparenz von Trilogen: Europäische Bürgerbeauftragte startet Konsultation

Am 10. Dezember 2015 begann die europäische Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly (IE) eine öffentliche [Konsultation](#) zur Transparenz von Trilogverfahren. Triloge sind informelle Verhandlungen zwischen den an der Gesetzgebung beteiligten Organen, um eine gemeinsame Position oder einen Kompromiss zu erzielen. Eine Teilnahme ist per [E-Mail](#) oder per Brief in allen 24 EU-Amtssprachen bis zum **31. März 2016** unter dem Betreff „Konsultation zu Triloggen“ möglich...